

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

Am 22. Januar diesen Jahres ist der Atomwaffenverbotsvertrag der UNO, der 2017 von 122 Staaten beschlossen wurde, völkerrechtlich in Kraft getreten. In Bonn haben wir dies vor dem Rathaus gefeiert und zugleich gemahnt: Auch Deutschland soll diesem Vertrag beitreten!

Es geht hier und heute um den ICAN-Städteappell, mit dem Kommunen ihre Sorge über die Bedrohung durch Atomwaffen ausdrücken und die Bundesregierung auffordern, dem Verbotsvertrag beizutreten. Inzwischen haben 115 Städte diesen Appell von ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons – Friedensnobelpreis 2017!) unterzeichnet, darunter sämtliche 16 Landeshauptstädte sowie die Landesregierungen von Berlin, Hamburg und Bremen. Auch der Landtag von Rheinland-Pfalz hat 2019 – mit den Stimmen der FDP – die Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für den Vertragsbeitritt einzusetzen. Die neuen Bundesländer und Berlin sind dank des 2+4-Vertrages ohnehin schon völkerrechtlich atomwaffenfrei.

Die Bundesregierung jedoch weigert sich bis heute, dem Atomwaffenverbot der UNO beizutreten und den Abzug der Atombomben aus Büchel zu veranlassen. Büchel bei Cochem an der Mosel ist der letzte und einzige Standort für die ca. 20 US-Atombomben, die in Deutschland gelagert werden. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages haben vor Kurzem ein Hauptargument der Bundesregierung, der Verbotsvertrag (AVV) stünde im Widerspruch zum Nichtverbreitungsvertrag (NVV), kräftig widerlegt. Er ergänze diesen Vertrag, heißt es dort, und weiter: „Der AVV unterminiert den NVV nicht, sondern ist Bestandteil einer gemeinsamen nuklearen Abrüstungsarchitektur. Der AVV ist daher auch kein Hemmnis für die nukleare Abrüstung, hätten die NVV-Staaten nur den politischen Willen dazu.“

Die Bundesregierung muss dem neuen Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. Das fordern über 90% der Bevölkerung. Dass der Gebrauch von Atomwaffen völkerrechtswidrig ist, hatte schon der Internationale Gerichtshof 1996 festgestellt. Es ist Zeit für eine Abkehr von der nuklearen Bedrohungspolitik. Dies fordern auch 56 ehemalige Regierungsvertreter aus verschiedenen NATO-Staaten, darunter die ehemaligen NATO-Generalsekretäre Willy Claes und Javier Solana sowie der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon. Sie halten den Atomwaffenverbotsvertrag für kompatibel mit einer weiteren Mitgliedschaft in der NATO. Auch die großen Kirchen bis hin zu Papst Franziskus und zum Weltkirchenrat haben sich für den Verbotsvertrag stark gemacht.

Bonn kann sich jetzt dieser Forderung anschließen. Die Kommunen haben die Verantwortung für die Daseinsvorsorge für ihre Bürgerschaft. Dazu gehört auch, sie vor den Folgen eines möglichen Atomkrieges zu schützen. Dass es in einem Atomkrieg keinen Schutz mehr geben kann, haben das Internationale Rote Kreuz und die Weltgesundheitsorganisation mehrfach betont. Die Gefahren sind auch angesichts der Nähe Bonns zum Atomwaffenstandort Büchel (65 Km Luftlinie) sehr real, da Atomwaffen im Kriegsfall immer erste Ziele gegnerischer Atomwaffen sind. Die sogenannte nukleare Teilhabe entpuppt sich so – auch für Bonn – in der Realität als nukleare Gefangenschaft!

Meine Damen und Herren, wir bitten Sie, ein deutliches Zeichen für die UN-Stadt Bonn, die schon im Jahr 2009 dem Mayor-for-Peace-Netzwerk beigetreten ist, zu setzen und mit dem ICAN-Appell die Abkehr von der nuklearen Bedrohung zu fordern.

Vielen Dank für Ihr Gehör!

Martin Singe, Pax Christi Bonn, für das Bündnis der Antragsteller, 0177.5864147 - 0228.264615